

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Bernau Str. 20,
Postfach Nr. 62.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentort
Dresden 1882
Groschen
Riesa Nr. 58

Nr. 208.

Freitag, 6. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Säulen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamszeile 100 Gold-Pfennige; jeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uchtdigige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditrich, Riesa.

Frankreichs Angstpolitik.

Man konnte gespannt sein, wie sich die Wirkungen der Haager Konferenz bei Herrn Briand äußerten. Bei allen anderen in Genf versammelten Staatsmännern merkte man, daß sie sich tatsächlich auf eine neue Situation eingestellt hatten. Von Herrn Briand muß bedauerlicherweise das Gegenteil gesagt werden. Die Rede, die er jetzt nach der Haager Konferenz in Genf gehalten hat, hätte er ebensogut auch schon ein Jahr vorher halten können; vielmehr er hat sie schon gehalten, denn, abgesehen von dem für ihn neuen Begriff „Pan-Europa“, der aber für die Welt nicht ebenso neu ist, finden sich in seiner Rede alle die alten Leidenhüter von der „Sicherheit“ und von der „Leider noch nicht bestehenden Sanktionsmaßnahmen“ und vom „schrecklichen Gedanken an einen neuen Krieg“ wieder. Mit diesen Kriegsbeschwörungen spielt keine Politik mehr als die französische. Daraus ergibt sich bekanntlich leider die suggestivste Wirkung. Man fürchtet sich so lange vor einem Ausbruch, bis man aus lauter Angst selbst die Bedingungen schafft, aus denen es hervorbrechen muß. Nichts überläßt das internationale Betrüben so wie Frankreichs Sanktionspolitik. Nichts vermehrt das internationale Mißtrauen so wie Frankreichs ewiges Mißtrauen. Durch nichts wird die Abrüstungspolitik mehr aufgehalten, als durch die jähre Abneigung Frankreichs, irgendwo eine Flinte aus der Hand zu legen. Was nützt Briands begeistertes Lob für den Völkerbund, was nützt seine utopischen Betrachtungen über das wirtschaftlich vereinte Pan-Europa, wenn unter diesen hohen Worten die Taten stehen? Wäre denn wirklich der Frieden dadurch besser gesichert, daß der Völkerbund selbst sich eine Armee schafft, die mit blutigen Sanktionen über diejenigen herzieht, die als Kriegsschuldiger betrachtet würde? Gaben nicht vielmehr die Amerikaner recht, wenn sie von solchen Sanktionsdrohungen nur eine neue Beunruhigung der Welt fürchten? Und letzten Endes stellt sich ja auch Frankreich diese Sanktionen vor, daß es selbst gewissermaßen der Hüter des Friedens wäre und bei jedem Kriege alle anderen Völker dem bedrohten Frankreich zu Hilfe kommen müßten. Gelingt es auch die wirtschaftliche Vereinigung Europas als Friedensvoraussetzung unerlässlich? Aber warum flüchtet sich Briand gerade jetzt auf dieses Gebiet, da er selbst sagen muß, es lägen diese Wirtschaftsfragen außerhalb des Völkerbundsprogramms. Wäre es also nicht richtiger, in Genf zunächst einmal über das zu sprechen, was auf der Genfer Tagesordnung steht? Die inoffizielle Fühlnahme wegen des wirtschaftlichen Pan-Europa, die Briand empfiehlt, wäre gewiß ganz gut und schön. Nur müßten wir sicher sein, daß sie kein Ablenkungsmanöver sein soll. Solange aber Frankreich mit seinen Gedanken und Wünschen immer nur um die Begriffe „Sicherheit“ und „Sanktionen“ kreist, kommt Europa schließlich auf dem wirtschaftlichen Wege ebensoviele vorwärts wie auf dem politischen. Ist Briand so alt geworden, um noch die Sprache der neuen Zeit lernen zu können?

Die Notlage der Reichsanstalt.

Berlin. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilt u. a. mit: Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beobachtet, wie aus einem Rundschreiben an den Verwaltungsrat hervorgeht, die Entwicklung in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung mit lebhafter Sorge. Die Verhandlungen, die das Reformgesetz bisher erlitten hat, und die ihm noch weiterhin bevorstehenden Arbeiten, haben den Präsidenten Dr. Spruy veranlaßt, im Interesse der Reichsanstalt erneut bei allen in Betracht kommenden Stellen auf eine schnelle Erledigung zu drängen. Jeder weitere Zeitverlust erhöht die Lage der Reichsanstalt in finanzieller und verwaltungsmäßiger Hinsicht. Rann das Gesetz erst am 1. November d. Js. in Kraft treten, so besteht die Gefahr, daß die Reichsanstalt im Winter wiederum erhebliche Darlehen vom Reich in Anspruch nehmen muß, um ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Internationale Kirchenkonferenz.

Genève, 5. September. In der ersten Vollversammlung der Internationalen Kirchenkonferenz wurde ein Verdrugsprotokoll des Reichsinnenministers Severing an den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenrats gelesen, in dem der Minister namens der Reichsregierung die Mitglieder des Exekutiv- und Fortschrittsausschusses in Deutschland herzlich willkommen heißt. Die Reichsregierung besaß den Wunsch, daß die Verhandlungen in Genf dazu beitragen möchten, den Gedanken der Einheit und Solidarität der gesamten Menschheit weiter zu verankern, die Annäherung und verständnisvolle Zusammenarbeit der Völker zu fördern und so einem wahren Völkerfrieden zum Siege zu verhelfen. — Das Auswärtige Amt spricht in einem Verdrugsprotokoll den Wunsch aus, daß den Verhandlungen, die Beziehungen der Völker zueinander auf der Grundlage christlicher Ethik mit dem Geiste freimühtiger Brüderlichkeit zu durchdringen, weiterer Erfolg beschieden sei. — Die Internationale Kirchenkonferenz verteilte heute ihren Ein auf die Wartburg, wo Oberbürgermeister Dr. Gagnon-Gienach in seiner Begrüßungsrede mitteilte, daß der

Keine Einigung über die Arbeitslosenversicherung.

Ergebnislose Verhandlungen des Reichstagsausschusses.

Berlin. Die Besprechung der Regierungsparteien über die Reform der Arbeitslosenversicherung kam am Donnerstag früh nicht mehr zustande. Bald nach 10 Uhr begann unter Vorsitz des Abg. Eiser (Ztr.) die Sitzung des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses, in der die Beratung über die noch ausstehenden Hauptvorschriften der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, nämlich die Ziffern 26, 28, 29 und 31, insbesondere über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und ihre Voraussetzungen, sowie über die Beitragserhöhung fortgesetzt werden sollte. Hierzu lagen eine Reihe neuer Anträge vor, zu denen der Reichsarbeitsminister Wiffell eine Aufstellung verteilte, aus der sich ergibt, wozu Ersparnisse die neuen Anträge bringen würden. Die Anregungen der Sozialdemokraten und Demokraten, die für die Saisonarbeiter auf eine Herabsetzung der Regelsätze auf die Höhe der Arienunterstützung hinauslaufen, würden eine Ersparnis von 21 Millionen ergeben, der Zentrumsantrag (Stärkung der Lohnklassen 7—11 auf die Höhe der Arienunterstützung) würde 45 Millionen Ersparnisse zur Folge haben, unter der Voraussetzung, daß die heute gültigen Familienzuschläge gezahlt würden. Durch den Antrag der Wirtschaftspartei (Staffelung der Unterhaltungsätze) würden 118 Millionen erspart werden, durch Verlängerung der Wartzeit noch weitere 24 1/2 Millionen über die Regierungsvorlage hinaus. Eine Herabsetzung der Unterhaltungsätze nach bestimmten Prozentfaktoren, wie es der Antrag der Deutschen Volkspartei verlangt, würde eine Ersparnis von 150 Millionen bringen. Die Verlängerung der Wartzeit auf 21 Tage unter Berücksichtigung der beantragten Staffelung eine weitere Ersparnis von 15 1/2 Millionen. Der Antrag der Deutschen Nationalen (Minberung der Regelsätze) würde eine Ersparnis von 134 Millionen bringen und die Verlängerung der Wartzeit für berufstätliche Arbeitslose auf vier Wochen eine weitere Ersparnis von 26 Mill. Nachdem die Sitzung behufs Drucklegung dieser Anträge auf eine Stunde vertagt worden war, wurde die Einzelberatung bei Ziffer 26 begonnen, monach 3 1/4 des Gesetzes damit gefaßt werden soll, daß die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nach dem Arbeitsentgelt bestimmt und während einer berufstätlichen Arbeitslosigkeit auch nach der Dauer der Versicherungspflichtigen-Beschäftigung.

Abg. Frau Teusch (Ztr.) verlas namens des Zentrums und der Bauern Volkspartei eine längere Erklärung, deren wesentlicher Inhalt war, daß das Zentrum und die Bauern Volkspartei die Anträge der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ablehnten, weil durch sie der soziale Charakter der Arbeitslosenversicherung ernstlich gefährdet würde und durch ihre Annahme ganz bestimmt eine unerträgliche Belastung der Gemeinden und Fürsorgeverbände eintreten würde.

Im weiteren Verlauf der Beratungen nahm das Wort

die Abg. Dr. Rabemacher (Dnat.), Grafmann (Zos.), Räder (Komm.), Dr. Pfeffer (Ztr.), Freidel (Ztr.), Schneider (Berlin (Dem.)), Aufhäuser (Zos.) und Minister Wiffell.

Der sozialdemokratische Redner und der Redner der Volkspartei erklärten, daß ihre Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten. Dr. Pfeffer erklärte ausdrücklich, daß eine Beitragserhöhung unter allen Umständen vermieden werden müsse. Nur unter dieser Voraussetzung würde seine Partei der Vorlage zustimmen. Auch Abg. Freidel lehnte namens der Wirtschaftspartei jede Beitragserhöhung ab.

In der Abstimmung wurden zunächst sämtliche Einzelanträge zu Ziffer 26 (Bemerkungsanträge für die Unterhaltungsätze) abgelehnt, unter anderem auch der demokratische Antrag Saisonarbeitern nur die Höhe der Arienunterstützung als Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, und mit 15 gegen 13 Stimmen der Antrag der Deutschen Volkspartei, der bei der Bemessung der Unterhaltungsätze allgemein die Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung berücksichtigen wollte. Schließlich wurde die ganze Nummer 26 der Vorlage abgelehnt, so daß eine Lücke im Gesetz entstanden ist.

Abgelehnt wurden ferner sämtliche Anträge zu Ziffer 29 (Einzelregelung für die Saisonarbeiter). Aber auch ein Teil der Regierungsvorlage selbst, nämlich die Bestimmung, daß Saisonarbeiter die volle Unterstützung erst nach einem Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung, sonst aber nur einen Teil davon erhalten sollen, wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Von der Ziffer 29 der Vorlage wurde zunächst die grundlegende Bestimmung genehmigt, monach die Arbeitslosenunterstützung erst nach Ablauf einer Wartzeit gewährt werden soll, die mit dem Tage der Arbeitslosenmeldung beginnt.

Abgelehnt wurde jedoch die dem ganzen Abschnitt erst Inhalt gebende Bestimmung über die Länge der Wartzeit, die nach der Vorlage für Sechse wöchentlich Tage, sonst drei bis sieben Tage betragen sollte.

Abgelehnt wurden weiter sämtliche Anträge zu Ziffer 31 über Anrechnung von Renten und so weiter auf die Arbeitslosenunterstützung. Auch die Regierungsvorlage selbst fand keine Mehrheit.

Artikel 2 der Vorlage, der eine Beitragserhöhung um einhalb Prozent vorsieht, wurde mit 15 gegen neun Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei vier Enthaltungen des Zentrums und der Bauernischen Volkspartei abgelehnt.

Abgelehnt wurden auch die Artikel 3 und 4 über Inkrafttreten und Verkündung des Gesetzes.

Durch den Ausfall der Abstimmungen sind in allen bekannten Streitfragen Lücken in der Vorlage entstanden.

Der Ausschuss beschloß, die zweite Lesung der Vorlage erst am Donnerstag, den 12. September, zu beginnen.

schwedische Erzbischof Ederblom wegen seiner Verdienste um die Erhaltung der Wartburg zum Ehrenbürger der Stadt Eisenach ernannt worden sei.

Neues Bombenattentat in Lüneburg.

Lüneburg, 6. September. Heute nacht gegen 1 Uhr explodierte neben dem Hauptingang zum Regierungsgeschäude mit gewaltigem Knall und großer Sprengwirkung eine Bombe. Ein Pfeiler des Kellergewölbes, in das die Bombe gelegt war, wurde herausgerissen, einzelne Mauersteine fielen 25 Meter weit an die gegenüberliegende Rathauswand und hinterließen dort deutlich sichtbare Spuren. Fast sämtliche Fenster des Rathauses, viele Fenster des Regierungs- sowie anderer Gebäude sind zertrümmert. Teilweise wurden die Fensterrahmen durch den Luftdruck eingedrückt. Die Wirkung der Bombe ging nach oben und durchschlag das Kellergewölbe. In dem darüberliegenden Büro des Bezirksausschusses wurden starke Verwüstungen angerichtet. Ein Schreibtisch verlor halb in der Fußbodenspalte, die meterhoch, mit Altten voll angefüllten Regale sind vollständig durcheinander geworfen.

Der Zeitpunkt des Anschlags war günstig gewählt, da ein Teil der Regierung, darunter der Bezirksausschuss, gegenwärtig in einen Neubau umzieht. Regierungspräsident Dr. Herbst, der über dem stark gefährdeten Vorhofen schlief, blieb unverletzt. Die Vichleitung im Gebäude verlagte zunächst. Die zuständigen Stellen, das Vollgepräsidium sowie sämtliche Landjägeri- und Polizeipräsidium wurden in Kenntnis gesetzt. Vollgepräsident Wenker traf mit mehreren Beamten aus Harburg ein und hat die Ermittlungen aufgenommen. Von den Tätern fehlt vorläufig noch jede Spur.

Der Dank des Luftschiffbauers Zepelin für die erhaltenen Glückwünsche.

Friedrichshafen. Bei dem Luftschiffbau fand aus Anlaß der erfolgreichen Beendigung der Weltreise des „Graf Zeppelin“ Stöße von Glückwünschtelegrammen eingegangen. Der Luftschiffbau bittet, auf diesem Wege allen Beteiligten seinen Dank zum Ausdruck bringen zu dürfen. Auch Kapitän Lehmann hat persönlich zahlreiche Glückwünsche erhalten und bittet ebenfalls, auf diesem Wege antworten zu dürfen. Telegramme liegen u. a. vor vom Reichsverband der deutschen Luftfahrtindustrie, vom Norddeutschen Lloyd, vom Präsidenten des Bundes der Auslandsdeutschen, vom Deutschen Museum in München, vom Bund der deutschen Marinerevereine, vom sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Binger, vom österreichischen Bundesminister für Handel und Verkehr Dr. Schurf, vom Reichswehrminister Dröner, vom Chef der Deeresleitung General Dreyer, vom preußischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns, vom amerikanischen Luftschiffkommandanten Rosendahl, von mehreren deutschen Vereinen im Auslande, von sehr vielen Schulen.

Dr. Gdener sandte an Kapitän Lehmann aus Aeron folgendes Telegramm: „Tönen und Segung Dank und herzlichste Glückwünsche“. Gdener.

Briands Plan der Vereinigten Staaten von Europa.

Paris. (Funkdruck.) Der Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ meldet übereinstimmend mit den Berichterstattern anderer Blätter, daß Briand für nächsten Montag oder Dienstag eine Zusammenkunft der Delegierten der in Genf vertretenen Staaten einzuberufen gedenkt, damit ein Studienkomitee zur Prüfung der mit der Bildung der Wirtschaftsöderation der Staaten Europas zusammenhängenden Fragen eingesetzt werde. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ teilt darüber hinaus mit, daß, falls man sich auf einen, wenn auch noch so bescheidenen Entwurf einigen könnte, für Anfang 1931 eine reguläre Konferenz einzuberufen werden könne.